

Die Islamkritik verläßt die Hinterhöfe



Als der Privatgelehrte Adam Mez, Sproß einer Basler Industriellenfamilie, im Jahre 1917 mit nur 48 Jahren starb, da hinterließ er das Manuskript eines Klassikers der Orientalistik, das nicht nur in andere europäische Sprachen, sondern sogar in das Arabische übersetzt wurde. Mit dem Titel des Werkes, „Die Renaissance des Islams“ wollte Mez seinen Grundgedanken zum Ausdruck bringen, daß die kulturelle Hochblüte des Islams dem Wiedererstarken altiranischer, aber auch griechisch-römischer sowie christlicher Traditionen, Rechtsordnungen und Kulturtechniken zu verdanken sei.

Die gewissermaßen „geologische“ Überformung älterer Institutionen durch den Islam sah er in in der Moschee verwirklicht, welche für ihn nichts anderes als das aus der Anthropologie bekannte „Männerhaus“ darstellte. Dies wird deutlicher, wenn man seine Beispiele um Angaben aus der [„Encyclopaedia of Islam“](#) erweitert, die 1913 begonnen wurde und 2007 vorläufig zum Abschluß kam.

Die Ursprünge der Moschee bis zum Tode des Propheten

Der Name „Moschee“ bezeichnet wortwörtlich „den Ort, wo man sich in Anbetung niederwirft“. Das englische *mosque*, französische *mosquée*, italienische *moschea* leiten sich vom spanischen *mezquita* ab, welches auf das arabische *masgid* zurückgeht.

Nach dem heute überwiegenden Verständnis der Muslime ist die

masgid al-aqsa „das allerentfernteste Heiligtum“ in 17:1 jene mit einer goldenen Kuppel verzierte Moschee auf dem Jerusalemer Tempelberg, obwohl der Vers womöglich die Vorstellung von einem Ort der Anbetung zum Ausdruck bringen will, der weit oben in den äußersten Himmelsphären seinen Platz hat.

Gepriesen sei der, der mit seinem Diener bei Nacht von der heiligen Kultstätte (in Mekka) nach der fernen Kultstätte (in Jerusalem), deren Umgebung wir gesegnet haben, reiste, um ihn etwas von unseren Zeichen sehen zu lassen! Er ist der, der (alles) hört und sieht.

In Sure 18:20 wird über den in ihrer Höhle ruhenden Siebenschläfern als ein Andachtsbau eine *masgid* errichtet. Hier, wie auch in Vers 22:41 liegt der Moschee also die Vorstellung eines Kultbaus zugrunde, wie die Synagogen und Kirchen der Christen:

„Und würde Allah nicht die einen Menschen durch die anderen im Zaum halten, so wären gewiß Klöster und Kirchen und Synagogen und Moscheen niedergerissen worden, worin der Name Allahs oft genannt wird.“

Spricht: „Wir glauben an Allah und was zu uns herabgesandt worden, und was herabgesandt ward Abraham und Ismael und Isaak und Jakob und (seinen) Kindern, und was gegeben ward Moses und Jesus, und was gegeben ward (allen andern) Propheten von ihrem Herrn. Wir machen keinen Unterschied zwischen ihnen; und Ihm ergeben wir uns.“

Der Islam, die Unterwerfung unter den Willen Gottes, ist eine Haltung, die der Gläubige stets und allenorts zum Ausdruck bringen soll. Daher ist es für ihn keineswegs notwendig, dies an einem bestimmten Ort zu tun. Dies wird in einigen überlieferten Prophetenworten zum Ausdruck gebracht:

Wo auch immer euch die Stunde des Gebetes ereilt, da verrichtet es und dort ist eure masjid. (Vgl.: J. Petersen, Encyclopaedia of Islam, Second Edition, Bd. VI, MASJID, S. 645.)

Bei jener Anlage, die der Prophet in Medina errichten ließ, denkt man eher an eine religiöse Kommune als an die Urmutter aller späteren Moscheen, wie dies von der Tradition gedeutet wird. Nachdem er ein geeignetes Grundstück günstig erstanden hatte, fällte Muhammad zusammen mit seinen Anhängern die darauf vorhandenen Palmen und Sträucher, errichtete aus Lehmziegeln eine flache Umfassungsmauer von 56 * 53 Metern Kantenlänge und richtete für sich und seine Frauen einige kleine Hütten ein; ihnen gegenüberliegend fanden einige mittellose Anhänger unter einem mit Zweigen abgedeckten Dach Schutz vor der grellen, sengenden Sonne.

Im Innenhof dieser Anlage fanden nicht nur die gemeinsamen Gebete statt: dort wurden Geschäfte ausgehandelt, Abordnungen empfangen, Geschenke aufgeteilt, Verwundete gepflegt, ja Gefangene an Palmensäulen festgebunden; ein gewisser Heerführer namens Ibn Unays soll den abgeschlagenen Kopf eines Gegners vor Muhammad zu Boden geworfen, und seinen Rapport gehalten haben (Vgl.: J. Petersen, Encyclopaedia of Islam, Second Edition, Bd. VI, MASJID, S. 646).

Die Moschee des Propheten in Medina wurde zum Grundmuster aller folgenden Bauten, wenn auch auch in größerem Maßstab. So soll die durch Schilfmatten umgrenzte rechteckige Gebetsfläche der im Jahre 638 durch Muslime gegründeten irakischen Stadt Kufa angeblich 40.000 Betenden Raum geboten haben. In Ländern, die das Abhalten des Ritualgebetes ganzjährlich im Freien erlauben, hat sich neben dem festen Moscheebau der musalla, ein lose abgegrenzter Gebetsplatz unter freiem Himmel erhalten.

Die Ausprägung ihrer heutigen Merkmale

In den durch Feldzüge eroberten Städten wurde mit der Errichtung einer Moschee die Voraussetzung für die Verwaltung des neu gewonnenen Gebietes geschaffen. Städte, die sich freiwillig ergaben, mußten sich vertraglich verpflichten, dafür Raum zur Verfügung zu stellen.

Im syrischen Hims sowie dem armenischen Dabil gab es anfangs eine gemeinsame Nutzung. In Damaskus, das 635 kapitulierte hatte, teilten Muslime und Christen die gewaltige Kirche des Heiligen Johannes zunächst unter sich auf. Siebzig Jahre später wurde dieser ehemals römische Jupitertempel durch den Anbau von Minaretten zu einer Moschee umgestaltet, zeigt aber im Mosaikschmuck der Innenfassaden bis heute den Einfluß byzantinischer Kunsthandwerker.

Selbst für derart bedeutende Bauten wie den [Felsendom](#) und die benachbarte al-Aqsa-Moschee sind die politischen Hintergründe für deren Errichtung keineswegs geklärt: so ist der Felsendom womöglich aus dem Versuch heraus entstanden, den Pilgerstrom von Mekka und Medina nach Jerusalem umzulenken.

Muhammad und seine engen Vertrauten waren in seinem Hause beerdigt worden, und die genaue Lage seines Grabes geriet zunächst fast in Vergessenheit. Die Verehrung von Gräbern sah man als etwas für Juden und Christen Typisches an, und einer Tradition zufolge sollte der Prophet sie auf seinem Totenbett dafür verflucht haben, daß sie die Gräber ihrer Propheten zu einer *masgid* machten (Vgl.: J. Petersen, *Encyclopaedia of Islam, Second Edition, Bd. VI, MASJID, S. 651*). Dieser hadith muß nicht authentisch sein, verleiht aber doch einer allgemeinen Sichtweise Ausdruck.

Das Bedürfnis, den Orten und Personen der Heilsgeschichte auch im eigentlichen Sinne nachzugehen, ließ sich aber auf die Dauer nicht eindämmen. Nicht nur vom Gesandten Gottes selber, auch seinen Genossen, so wie den biblischen Vorvätern oder frommen Einsiedlern erhoffte man sich Vermittlung und Fürbitte. Die *qubba*, ursprünglich ein Zelt, bezeichnete später

die Kuppel über dem Grab eines Heiligen, schließlich, wie der synonyme Begriff *turba* die Moscheekuppel im weiteren Sinne. Das Grab des Propheten Jonas wurde sowohl in Nivive als auch in Palästina verehrt. Das Vorbild der Kirche und die Zunahme des Heiligenkultus – mancherorts verehrte man den Stab des Moses, die Sandalen und Barthaare des Propheten – bewirkte, daß auch die Moschee immer stärker zu einem sakralen Ort wurde. „Gotteshaus“, *bayt allah*, zunächst nur für die Ka'ba gebräuchlich, fand nun auf alle Moscheen Anwendung. Baute der Prophet seine erste „Moschee“ auf einem Gelände, auf dem Kamele angepflockt gewesen waren, so verweigerte es der Mamelukensultan Baibars (1223-77), ein neues Gotteshaus auf einer ehemaligen Viehweide zu errichten. Nun gewährte man auch Juden und Christen nicht mehr gerne Zugang in die Moschee. In Hebron durften sie nur gegen Entgelt das Heiligtum Abrahams aufsuchen, bis Sultan Baibars im Jahre 1265 auch dies untersagte (Vgl.: J.Petersen, *Encyclopaedia of Islam, Second Edition, Bd. VI, MASJID, S. 654*). Bis heute bleibt der Zugang zur [Grabeshöhle der Patriarchen](#) oft blutig umstritten.

Im achten Jahrhundert setzte sich der Brauch durch, beim Eintritt der Moschee die Sandalen abzulegen. Männer sollten dabei ihre beste Kleidung tragen und sich mit Wohlgerüchen parfümieren; Frauen dagegen sollten dies gerade nicht, um keine weltliche Versuchung, *fitna*, aufkommen zu lassen, wie Muslim (821-75) im 28. Abschnitt des vierten Kapitels seiner berühmten Sammlung von Traditionen festhält, das dem Ritualgebet gewidmet ist.

Das Kapitel 26 dieses Buches führt auch aus, daß Frauen sich nach dem Niederknien nicht eher aufrichten sollen als die Männer; Kapitel 20 hält fest, daß bei besonderen Vorkommnissen in der Moschee die Männer Gott lobpreisen, die Frauen aber klatschen sollten. Kapitel 42 stellt heraus, daß Esel, Hunde und Frauen zwar die rituelle Reinheit, und damit die Gültigkeit des Gebets bei unmittelbarer Berührung gefährden würden, das aber der Prophet andererseits keine Umstände

machte, wenn eine seiner Frauen beim nächtlichem Gebet zwischen ihm und der [Gebetsrichtung](#) lag. Im Jahre 870 ließ der Gouverneur von Mekka zwischen den Säulen der Moschee Seile spannen, um die Geschlechter zu trennen.

Eine rein spirituelle Atmosphäre wollte sich diesen Ordnungsrufen zum Trotz dennoch nicht leicht einstellen. Man kam in die Moschee, um Geschäfte abzuwickeln, sammelte sich um mitgebrachte Mahlzeiten, fliegende Händler riefen ihre Waren aus und besonders in den heißen Nächten bot die Moschee den Schlafsuchenden Zuflucht vor der stickigen Betriebsamkeit der Gassen. Asketen, Studenten und Reisende wurden aus Küchen gespeist, die durch fromme Stiftungen unterhalten wurden. Kaufleute konnten Geld und Waren deponieren; als man im 1270 im Hof der Umayyadenmoschee aufräumte, schaffte man das dort lagernde Kriegsgerät hinaus (Vgl.: J. Petersen, *Encyclopaedia of Islam, Second Edition, Bd. VI, MASJID, S. 663*).

Im ersten Vierteljahrtausend war die Moschee der allgemein übliche Ort der Rechtssprechung, bis man begann, dem *qadi* gesonderte Räume in den umliegenden Gebäuden zuzuweisen, deren Errichtung durch die Spezialisierung der Verwaltungstätigkeiten zunehmend wichtig geworden waren. Auch der Staatsschatz wurde nun nicht mehr in der Moschee selber, sondern in der meist angrenzend gebauten Festung des Herrschers untergebracht. Bis heute aber findet der theologische Lehrbetrieb nicht nur in den dafür eigens eingerichteten Medresen (arab. *madrassa*) statt, sondern auch in den Innenhöfen der großen Moscheen.

Innerislamische Konflikte

Nach der Machtergreifung in Medina machte Muhammad deutlich, daß der Zutritt in den heiligen Bezirk um die Ka'ba nur noch jenen gewährt würde, die der neuen Doktrin zu folgen bereit wären.

Den Götzendienern steht es nicht zu, die Moscheen Allahs zu

erhalten, solange sie gegen sich selbst zeugen durch den Unglauben. Sie sind es, deren Werke umsonst sein sollen und im Feuer müssen sie bleiben. Der allein vermag die Moscheen Allahs zu erhalten, der an Allah glaubt und an den Jüngsten Tag und das Gebet verrichtet und Zakat zahlt und keinen fürchtet denn Allah: diese also mögen unter denen sein, welche den rechten Weg finden. Wollt ihr etwa die Tränkung der Pilger und die Erhaltung der Heiligen Moschee (den Werken) dessen gleichsetzen, der an Allah und an den Jüngsten Tag glaubt und in Allahs Pfad streitet? Vor Allah sind sie nicht gleich. Und Allah weist dem sündigen Volk nicht den Weg.

Offenbar bestanden bald mehrere Moscheen nebeneinander, von denen einige aufgelöst werden mußten, da in ihnen eine Opposition gegenüber dem Propheten spürbar wurde.

Und jene, die eine Moschee erbaut haben, um Unheil, Unglauben und Spaltung unter den Gläubigen anzustiften, und als einen Hinterhalt für den, der zuvor gegen Allah und Seinen Gesandten Krieg führte. Und sie werden sicherlich schwören: „Wir bezweckten nur Gutes“; doch Allah ist Zeuge, daß sie bloß Lügner sind. Stehe nie darin (zum Gebet). Eine Moschee, die auf Frömmigkeit gegründet ward vom allerersten Tag an, ist wahrlich würdiger, daß du darin stehen solltest. In ihr sind Leute, die sich gerne reinigen, und Allah liebt die sich Reinigenden. Ist nun dieser besser, der sein Gebäude auf Allahs Furcht und Wohlgefallen gegründet hat, oder jener, der sein Gebäude auf den Rand einer wankenden, unterspülten Sandbank gründete, die mit ihm in das Feuer der Hölle gestürzt ist? Und Allah weist nicht dem frevelhaften Volk den Weg. Ihr Gebäude, das sie sich errichtet, wird nicht aufhören, Zweifel in ihren Herzen zu erregen, bis ihre Herzen in Stücke gerissen sind. Und Allah ist allwissend, allweise. (Sure 9:107-110 zitiert nach der Ahmadiya-Übersetzung)

Der Gegensatz zwischen Sunniten und Schi'iten kam auch in der Moschee zum Tragen. Im Jahre 962 ließ Mu'izzaddaula die Moschee Bagdads mit den üblichen schi'itischen Verfluchungsformeln gegen Mu'awiya schmücken, die aber über Nacht wieder abgekratzt wurden (*Mez, Adam: Die Renaissance des Islams, S. 61. Vgl. auch Seite 322*).

Konflikte mit Nichtmuslimen

Kirchenbauten gegenüber hatte sich schon der sasanidische Staat verschieden verhalten, während das spätrömische Recht den Juden verbot, neue Synagogen zu errichten. Die schadhaften dagegen durften instandgehalten werden. Auch in islamischer Zeit gingen die persischen und römischen, die mildereren und schärferen Anschauungen und Vorschriften hierbei stark durcheinander. Als im ägyptischen Tinnis im Jahre 912 der Mob eine Kirche zerstörte, half die Regierung den Christen beim Wiederaufbau. Im Jahre 938 zahlten die Christen dem muslimischen Statthalter Geld, damit er den Wiederaufbau einer baufälligen Kirche gestatte. Der gebot ihnen, darüber ein Rechtsgutachten einzuholen. Die ersten beiden Rechtsgutachten sprachen sich gegen den Wiederaufbau aus, das dritte dafür. Als das Volk hiervon erfuhr, zündete es das Haus des Rechtsgelehrten an, sperrte die Straßen, belagerte die Kirche und vertrieb die zu ihrem Schutz abgestellten Soldaten mit Steinwürfen (*Mez, Adam: Die Renaissance des Islams, S. 39*).

Insgesamt bestätigte sich die alte Regel, daß heiligen Orten bei einem Wechsel der Besitzverhältnisse durch herrschende Religion eine neue Bedeutung zugeschrieben wird. Der berühmte [Hindu-Tempel von Somnath](#) etwa wurde sechsmal zerstört, bis man ihn 1995 nach schweren Unruhen an jener Stelle wieder aufbaute, wo auf seinen vorherigen Trümmern einst eine Moschee errichtet worden war.

Wenn also das rein spirituelle – und von der Glaubens- und Gewissensfreiheit abgedeckte – spirituelle Moment alleine nicht einmal den Daseinsgrund der Moscheen in ihrer Frühzeit

ausmachte, dann hat dies auch heute Konsequenzen für die Zukunft des Inneren Friedens in unserem Land. So wäre es etwa denkbar, durch ein mehrjähriges Moratorium gegen den Bau weiterer Moscheen jene Zeit zu finden, in denen der vielfach beschworene „Dialog der Kulturen“ doch noch eine Chance bekäme.

(Gastbeitrag von Kim)



TV-Tipp: Schäuble und die Islamisten, ARD 22 Uhr



Nach der [bundesweiten Großrazzia](#) Anfang März gegen sieben extremistische Moslems – unter anderem Oguz Ücuncü (l.), Generalsekretär der Milli Görus und [Ibrahim el-Zayat](#) (r.), Präsident der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland -, bei der es um Betrug, Geldwäsche und die Bildung einer kriminellen Vereinigung geht, steht die von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble im September 2006 initiierte Islamkonferenz vor dem endgültigen Aus. Über die Hintergründe berichtet die ARD-Sendung [Panorama](#) heute Abend um 22 Uhr.

Schwerbewaffnete Spezialkommandos rückten Anfang März zu einer bundesweiten Großrazzia aus. Ihr Ziel: Islamische Gotteshäuser, Geschäftsräume, Privatwohnungen. Es geht um Betrug, Geldwäsche und die Bildung einer kriminellen Vereinigung.

Im Visier der Ermittler: Sieben mutmaßliche Islamisten. Unter ihnen auch prominente Vorzeigemoslems wie Ibrahim el-Zayat, Präsident der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland, und Oguz Ücüncü, Generalsekretär der türkischen Großorganisation Milli Görüs. Während beide bei der Islamkonferenz von Bundesinnenminister Schäuble dabei waren, ermittelte bereits die Staatsanwaltschaft gegen sie.

Sind sie wirklich geeignete Gesprächspartner, wenn es um Dialog und Integration in Deutschland geht? Die Staatsanwaltschaft jedenfalls wirft der Gruppe um El-Zayat und Ücüncü auch vor, direkte Kontakte zur verbotenen Muslimbruderschaft zu unterhalten. Und die fordert laut Verfassungsschutz immerhin, in ihren Heimatländern einen islamischen Gottesstaat auf Grundlage der Scharia zu errichten.

Panorama berichtete bereits vor vier Jahren über die islamistischen Umtriebe El-Zayats. Damals setzte er sich – zum Teil erfolgreich – zur Wehr. Und heute? Die Vorwürfe sind ähnlich – doch diesmal ermittelt die Staatsanwaltschaft.

Italien sperrt Israel von

Mittelmeer-Spielen aus



Im süditalienischen Pescara finden im Sommer die diesjährigen [Mittelmeerspiele](#) statt. Traditionsgemäß ist diese Sport-Veranstaltung der Mittelmeer-Anrainer vom 26. Juni bis zum 5. Juli 2009 ein Jahr nach den Olympischen Spielen ein besonderes Prestige-Objekt der beteiligten Nationen. Aller Mittelmeer-Anrainer? Nein. Wie schon in den Jahren zuvor, wird sie wohl erneut ohne den Mittelmeer-Anrainer Israel ausgetragen. Israel ist per se [unerwünscht!](#)

Schlimm genug, dass die arabischen Nachbarn Israel regelmäßig ausladen; jetzt zieht die Berlusconi-Regierung gleich und gibt sich somit als willfähriger Erfüllungsgehilfe der rassistischen Diskriminierung Israels her. Ein besorgter italienischer Staatsbürger schreibt an den zuständigen Staatssekretär im Ministerrat, Rocco Crimi (Foto oben):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Crimi,

als treuer Wähler der PDL (Popolo della Libertà), schon seit der Zeit als sie noch „Forza Italia“ hieß und ich hier meine politische Heimat fand, empfand ich die von Ministerpräsident Berlusconi begonnene neue Politik als eine erfrischende Brise, die durch unser Land fegte. Wie viele andere auch, unterstütze ich die seriöse Politik von Minister Frattini, der nicht zögerte, die Nichtteilnahme Italiens am „Festival der Hass“, bekannt als Durban II, zu verkünden, einer Neuauflage der rassistischen und antisemitischen Durban-Konferenz, dominiert von Islamofaschisten. Es schien so, als

ob Italien endlich die moralische Stärke gefunden habe, den als Antizionismus verkappten Antisemitismus einzudämmen, der mehr und mehr auch in europäischen Ländern Einfluss auf die Tagespolitik nimmt und somit wäre Frattinis Position ein Zeichen der moralischen Überlegenheit gegenüber den übrigen Europäern, die dem rassistischen und fundamentalistischen Islam gar schon unterwürfig und wohlwollend begegnen.

Nichtsdestoweniger ist meine Hoffnung, und die vieler anderer PDL- Wähler, die sich eine Regierung wünschen, auf die sie stolz sein können und für die sie sich nicht schämen müssen, wie in den letzten 50–60 Jahren seit Ende des 2. Weltkriegs, angesichts der Tatsache dahingeschwunden, dass die Regierung Berlusconi vor der Arroganz der antisemitischen Rassisten aus den arabischen Ländern in die Knie gegangen ist, die den Ausschluss Israels von den Mittelmeerspielen 2009 verfügt haben. Ich hätte niemals geglaubt, dass sich die Regierung Berlusconi mit islamofaschistischen Diktaturen gemeinsame Sache macht und Angst zeigt, den eigenen moralischen Anspruch durchzusetzen.

Es sind eben diese europäische Unterwürfigkeit, die Angst mohammedanische Gefühle zu verletzen, der Verlust der Fähigkeit zur Durchsetzung der eigenen Werte und die moralische Beliebigkeit, die die neuen Nazis, die islamischen Fundamentalisten, dazu anspornt, immer neue Forderungen zu stellen und jedwedes Menschenleben für die Vernichtung Israels zu opfern. Europa macht sich so zu deren Komplize.

Durch diese fatale Entscheidung Berlusconis, sich zum Vollstrecker des arabischen antisemitischen Rassismus zu machen, indem Israel von den Spielen ausgeschlossen wird, wurde Frattinis guter vorheriger Entschluss zunichte gemacht. Durch diese Geste der Unterwürfigkeit gegenüber arabischer Arroganz, hat die PDL sich eben genauso verhalten, wie es die Europäer schon immer gehalten haben, als Leute ohne Rückgrat und ohne moralische Ausrichtung, die im Zweifel lieber die Juden (hier Israel) opfern, dafür vor den arabischen

Ölfässern einknicken und hoffen, dass das Krokodil sie als letzte frisst. Glauben Sie mir, die Araber haben vor den Schwachen so wenig Respekt wie vor den Feiglingen. Rechnen Sie in jedem Fall nicht mehr mit meiner Wählerstimme, noch mit den Stimmen Hunderter anderer Menschen guten Willens, für die ich stellvertretend stehe.

Hochachtungsvoll: E.N.

Wenn schon auf Berlusconi kein Verlass mehr ist – dann gute Nacht Europa!

» crimi_r@camera.it

(Übersetzung von Daniel J.)

Kampf gegen Weiße auf den franz. Antillen



Der seit zwei Monaten andauernde Generalstreik im französischen Überseedepartement Guadeloupe, fördert ein ungeahntes Ausmaß an [anti-europäischem Rassismus](#) der dunkelhäutigen Bevölkerung zu Tage. Den Streikenden geht es vor allem um die „Unabhängigkeit“ vom französischen Kolonial-Mutterland, das als weiße Ausbeutermacht wahrgenommen

wird.

Zudem geht es bei dem Protest um die hohen europäischen Preise (für die auch die Franzosen den Kopf herhalten müssen). Weiße, die seit Generationen auf der Insel leben und sich jetzt bedroht fühlen, sind [kein Einzelfall mehr](#). Einige erhielten auch Morddrohungen.

Ein Bericht über die Krise des französischen Fernsehens TF1, in dem der anti-weiße Rassismus sogar als solcher benannt wird.

Patriotischer Posthalter entlassen



Der sri-lankische Einwanderer Deva Kumarasiri (Foto) der auf seiner britischen Poststelle [nur auf Englisch bedienen](#) wollte, deswegen von Muslimen schikaniert wurde und [die Poststelle wechseln](#) musste, wurde nach drei Tagen [am neuen Arbeitsplatz fristlos entlassen](#). Am Montag begann er auf der neuen Poststelle und bereits am Mittwochabend erhielt er einen Anruf seiner Vorgesetzten, seine Dienste würden „nicht länger benötigt“. Er solle am nächsten Morgen nicht mehr zur Arbeit erscheinen. Er werde „ersetzt“. Eine andere Beschäftigung habe man für Kumarasiri nicht.

(Spürnase: Eisfee)

Milde Strafverfolgung – höhere Kriminalität



Wenn Straftaten keine Konsequenzen haben, hat das eine höhere Kriminalität zur Folge. Was sich jeder, der bis drei zählen, ohnehin denken kann, wurde jetzt in einer umfangreichen Studie über die Strafrechtsreform 1969 nachgewiesen. Die FAZ berichtet in ihrer heutigen Printausgabe auf Seite 8, das Rechtsportal Juris hat den Text [online gestellt](#).

Das Strafrecht wirkt nicht mehr abschreckend, weil immer mehr Straftäter in Deutschland ohne gerichtliche Verurteilung davonkommen. Zu diesem Ergebnis kommt eine statistische Untersuchung der Wirkung der Strafrechtsreform von 1969, die Hannes Spengler, Professor für Quantitative Methoden und Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Mainz, und der Ökonom und Kriminologe Horst Entorf von der Frankfurter Goethe-Universität vorgelegt haben. Die Studie ist jüngst vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung veröffentlicht worden. Ihr Tenor ist, dass zu milde Strafverfolgung mitverantwortlich ist für steigende Kriminalität.

Besonders die Zahl der Gewaltdelikte hat stark zugenommen: Sie hat sich seit den sechziger Jahren bis zum Jahr 2007 von rund 80 auf 272 Fälle je 100000 Einwohner mehr als verdreifacht, wobei vor allem Raub und Körperverletzungen zugenommen haben. Die Zahl der Diebstähle liegt mit 3107 Fällen je 100000 Einwohner zwar unter dem Rekord in den frühen neunziger Jahren, aber fast doppelt so hoch wie in den sechziger Jahren.

Zugleich ist der Anteil der gerichtlich verurteilten Straftäter stark gesunken, seit 1981 von 64 auf 43 Prozent. Immer mehr Verfahren, vor allem bei leichten und mittleren Delikten, werden eingestellt – mit oder ohne Auflagen – oder außergerichtlich geregelt.

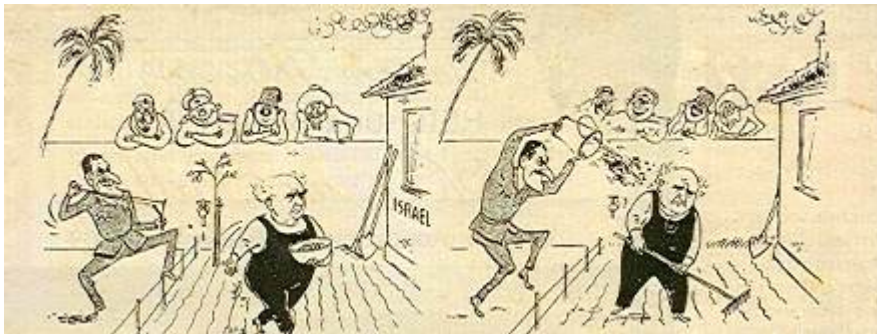
Typisch in diesem Land, in dem Vermögensdelikte härter bestraft werden als Angriffe auf Leib und Leben, ist, dass bei schweren Diebstählen immerhin noch 35% der Täter vor Gericht landen, bei Körperverletzungen aber nur noch 30%.

Bei der Strafe selbst kommt es weniger auf die Höhe als vielmehr auf die konsequente Strafverfolgung an.

In Ländern mit weniger konsequenter Strafverfolgung steige die Kriminalität signifikant stärker. (...) Nach Ansicht der beiden Forscher kommt es weniger darauf an, wie Täter bestraft werden, sondern vor allem, dass sie bestraft werden. Mit der Tendenz seit 1969, immer mehr Verfahren einzustellen, habe die deutsche Justiz die Kriminalität nicht senken können. Deren volkswirtschaftliche Kosten hat Entorf in einer früheren Studie zu errechnen versucht („Staat und Recht“ vom 5. Juni 2008). Nach seiner Berechnung, die neben materiellen Schäden auch die physischen und emotionalen Schäden von Opfern einbezieht, beläuft sich der Schaden durch Eigentums- und Gewaltdelikte derzeit auf 25 Milliarden Euro im Jahr – mit steigender Tendenz.

(Spürnase: Florian G.)

Israels Garten 1956 oder doch 2009?



Diese Karikatur über den „aggressiven“ Gärtner Israel erschien im Zürcher Satiremagazin [Nebelspalter](#) in der Ausgabe vom 28. November 1956. Seither hat sich auf der Welt vieles verändert. Doch der arabische Neid und die Feindschaft gegenüber Israel sind gleich geblieben.



(Spürnase: Ben Tsion)

Schramma: Vom Rathaus in die JVA?

☒ Geht auch der Kölner OB Fritz Schramma den Weg so mancher Kölner Kommunalpolitiker vor ihm – vom Rathaus in die JVA in seiner alten Heimat Köln-Ossendorf? Bis zu fünf Jahre Haft drohen dem umstrittensten Lateinlehrer der Stadt, wenn die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft, die heute aufgenommen

wurden, den Anfangsverdacht bestätigen. Vielleicht hätte Herr Schramma doch einmal einen Blick in das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland werfen sollen, das ihm bereits im September aus gutem Grund [von PI-Gründer Stefan Herre überreicht](#) wurde (*Foto*), nachdem erhebliche Mängel im Rechtsverständnis des Oberbürgermeisters offenbar geworden waren.

Noch allerdings ermittelt die Staatsanwaltschaft nicht wegen des im September letzten Jahres möglicherweise begangenen Verfassungshochverrates – dann stände auch lebenslange Haft zur Diskussion – sondern erstmal „nur“ wegen des Verdachts eines Verstoßes gegen § 201 Abs 3 StGB: Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes als Amtsperson – durch unbefugtes Anfertigen von Tonbandaufnahmen. Strafraum bis fünf Jahre, also nur halb so lang, wie die Kölner Bürger unter Schramma zu leiden hatten. Beste Informationsquelle über Vorgänge im Kölner Klüngel ist mittlerweile die [Rheinische Post aus Düsseldorf](#), die bisher noch nicht vom Kölner Dumont-Pressekartell gleichgeschaltet wurde:

Die Kölner Staatsanwaltschaft hat am Donnerstag morgen nach Informationen unserer Redaktion ein Ermittlungsverfahren gegen den Kölner Oberbürgermeister Fritz Schramma (CDU) eingeleitet. Hintergrund: Schramma hatte zwei Sitzungen des Koordinierungsstabs, der sich mit Einsturz des Kölner Stadtarchivs befasst, auf Tonband aufgenommen. Ohne das Wissen der Anwesenden.

Geprüft wird nun der Anfangsverdacht eines Verstoßes gegen Paragraph 201 des Strafgesetzbuches. Darin ist der Umgang mit Tonbandaufzeichnungen in nicht-öffentlichen Sitzungen geregelt. Ein Verstoß gegen das Gesetz kann bei Amtsträgern mit bis zu fünf Jahren Haft belegt werden.

Schramma hatte zwei Sitzungen des Koordinierungsstabs zum Einsturz des Kölner Stadtarchivs ohne Wissen der Beteiligten aufzeichnen lassen. Die dabei anwesenden Dezernenten hatten

sich Donnerstag dagegen schriftlich verwahrt.

Schramma erklärte, die Aufnahme habe die Anfertigung eines Protokolls erleichtern sollen. Doch die anwesenden Spitzenbeamten glauben andere Absichten. Alle Dezernenten verwahrten sich gestern schriftlich gegen die Mitschnitte. Sie werten die Aufzeichnungen als „Vertrauensbruch“. Ob Schramma plante, den Mitschnitt später gegen die Beamten zu verwenden, ist unbekannt.

Ein gefährliches Spiel im gegenwärtigen Köln. Nach dem Einsturz des Stadtarchivs hat unter den am Klüngel beteiligten Ganoven – und das sind nicht gerade wenige – das Hauen und Stechen begonnen, die Schuld an der Katastrophe dem jeweils anderen anzuhängen. Die Seilschaften sind gekündigt und jeder versucht, so gut wie möglich aus der Sache herauszukommen. So geht es zu im Haifischbecken Köln nach neun Jahren Schramma, der jetzt Opfer der eigenen Politik werden könnte. Man wird ja noch träumen dürfen.

(Dank an alle Spürnasen!)

UPDATE: Bei der heutigen Ratssitzung bemängelte Oberbürgermeister Schramma, dass die gute Arbeit, die er geleistet habe, zuwenig honoriert würde. Eigenlob stinkt nicht – in Köln. Der *Kölner Express* fragt daher in einer Umfrage: [„Hat OB Schramma versagt?“](#)

Um 17:45 Uhr sind 56% der Kölner Expressleser der Meinung: „Ja, die Vorwürfe sind gerechtfertigt!“ (*Screenshot*):



UPDATE 2 (20:45): Die Abstimmung im Kölner Express hat offenbar nicht die von Schrammafrend und Medienmogul Dumont gewünschte Richtung genommen. Zwar wird im Text des Artikels noch zur Teilnahme an der Abstimmung aufgerufen (*Screenshot unten*) ... die Abstimmung selber aber wurde hastig entfernt. Tolerantes Köln!



Neue „Putz“-Kolonne gegen jüdische Bedrohung



Da sich alle mühsam aufgebauten IDF-Verschwörungstheorien [in Schall und Rauch auflösen](#), muss ein neues Argument gegen die Juden her. Die paar wenigen Ultraorthodoxen, die mit anderen nichts zu tun haben wollen und im Wesentlichen in einer einzigen Straße Jerusalems wohnen, sind die letzte Zufluchtsinsel, die Juden doch noch schlecht machen zu können und Ulrike Putz eine [bekannte Vorkämpferin](#) dieser Mission.

Auf der ewigen Jagd nach der Boshaftigkeit der Israelis ist es endlich gelungen, ein Skandälchen aufzudecken und erfolgreich aufzubauschen: [Ein einziger Bus](#) für die Ultraorthodoxen, in dem die Frauen hinten sitzen und die Männer vorne.

Wer selbst einmal in Israel war, weiß, dass Frauen im jüdischen Staat vollkommen gleichberechtigt sind, tragen können, was sie wollen, arbeiten können, wo sie wollen und Militärdienst leisten. Dennoch „putzt“ man mit einem Bus das Judentum zur wahrhaft frauenfeindlichen Religion heraus – die der Islam ja nicht sein darf.

(Spürnasen: Ian S. und Tommie)

Ein assyrischer Christ spricht über den Islam



Simon (Foto – aus Sicherheitsgründen ein altes) ist 1979 aus der südosttürkischen Region Tur Abdin in die Schweiz geflohen, weil er als aramäisch sprechender, assyrischer Christ von den Muslimen verfolgt wurde. Heute setzt sich Simon von der Schweiz aus für die Christen in seiner Heimat ein, was auch in der Ferne mit vielen Gefahren verbunden ist. Im [Interview auf Jesus.ch](#) erklärt er, wie „friedlich“ der Islam gegenüber Christen wirklich ist. Daraus im Folgenden ein paar Auszüge.

Simon berichtet:

Die islamische Herrschaft behandelte uns wie Untermenschen, massakrierte und bedrohte uns – nur weil wir Christen waren. Schutzgelderpressung, Zwang zum Konvertieren, Überfälle, Verschleppungen, das alles war an der Tagesordnung. Der Imam aus meiner Gegend sagte sogar: Wer die Christen nicht tötet, ist kein Muslim. So lebten wir, bis wir es nicht mehr aushielten – nicht mehr konnten.

Ich habe erlebt, dass Christen mit Islamgläubigen nicht zusammenleben können. Der Islam ist eine Gefahr, wenn er die Oberhand hat, also die Mehrheit der Bevölkerung stellt. Im Islam ist eine Koexistenz mit anderen Religionen nicht vorgesehen.

Es wird behauptet, dass der islamische Glaube tolerant sei. Das stimmt nicht! Ich habe nie Toleranz im Islam erlebt.

Ich habe Angst, dass in Europa bald dasselbe passiert wie damals in meiner Heimat.

In meinem türkischen Pass steht, dass ich Christ bin. Das allein könnte Grund genug sein, in der Türkei oder einem anderen islamischen Land gefangen genommen und misshandelt zu werden. Der Vater meiner Frau wurde umgebracht, weil er Christ war. Mein Bruder auch. Als er einmal zum Arzt musste, wurde er von diesem mit einer Giftspritze umgebracht, weil er herausgefunden hat, dass mein Bruder Christ war.

Wenn die Christen nicht aufwachen, drohen uns bald große Probleme.

Trotz all dieses Grauens glauben gewisse Leute, die alle Konflikte in der Türkei so sehr lieben, immer noch an „Sonne, Mond und Sterne“ und an die friedliche Integration der Türkei in die EU.

Große Sorge um NPD

☒ Wieder einmal macht das Gerücht die Runde, die schon oft totgesagte NPD stehe kurz vor dem endgültigen Bankrott. Das sollte bei den linken Kämpfern gegen Rechts zu Freudentänzen führen. Sollte man meinen. Das Gegenteil ist der Fall. Bei der linken Wochenzeitung *Jungle World* ist man in großer Sorge. Mit dem Ende der NPD könnten auch die Gelder für den Kampf gegen Rechts™ sparsamer fließen und damit viele „Arbeitsplätze“ verloren gehen.

Die Jungle World appelliert: [Rettet die NPD!](#)

Wohlgemerkt: Es ist durchaus zu begrüßen, dass die NPD finanziell auf dem vorletzten Loch pfeift. Bereits dieser Umstand ist der Nachweis, dass die NPD – entgegen den Behauptungen von Traditionskommunisten – nicht durch das Großkapital ausgehalten wird. Dass die NPD aber demnächst Konkurs anmelden muss, das darf nicht sein. Denn dann droht der Verlust von Arbeitsplätzen. Dabei geht es nicht um die Arbeitsplätze bei der NPD, obwohl ein Konkurs zweifellos dazu führen würde, dass auch eine Reihe von Arbeitsplätzen bei der Partei wegfallen würde. Vor allem aber hätte der Ruin der NPD – der derzeit einzigen ernsthaften Wahlpartei der extremen Rechten – relativ schnell die Folge, dass die Förderprogramme unter Labeln wie »Weltoffenheit«, »Demokratie« und »Toleranz« eingestellt würden.

Auch dies würde zunächst lediglich bedeuten, dass die wirkliche Lage endlich realistisch betrachtet werden kann. Denn die »Demokratiezentren« und Ähnliches sind eben kein Ausdruck einer funktionierenden Zivilgesellschaft, sondern Deckmäntel für das Versagen des Staats. Der »Aufstand der Anständigen« ist gescheitert, der »Aufstand der Zuständigen« hat gar nicht begonnen. Vom zu erwartenden Arbeitsplatzabbau wären aber auch die Mobilien Beratungsteams und die Opferberatungsstellen betroffen. Diese sind die einzigen

unabhängigen Instanzen, an die sich die Opfer von Nazigewalt wenden können. Selbst wenn es sonst keinen einzigen anderen Grund gäbe, dürfte die NPD schon allein deshalb nicht in Konkurs gehen.

Aber es gibt weitere gewichtige Gründe. Niemand wird ernsthaft davon ausgehen, dass ein Nazi kein Nazi mehr ist, weil seine Nazipartei kein Geld mehr hat. Weiterhin wird es Nazis geben, die Nazipolitik machen – aber wo? In welchen Zusammenhängen wird dann der ehemalige NPD-Kreisvorsitzende auftauchen? Und bei welcher Kameradschaft werden seine Nazi-Kameraden unterkriechen? Wie läuft jetzt die Kommunikation zwischen den ehemaligen NPD-Kadern, die ihre Arbeit gleichsam ehrenamtlich fortführen? Das bedeutet viel Arbeit für die Antifa und für recherchierende Journalisten, denn die Arbeit des Inlandsgeheimdienstes ist insbesondere in Ostdeutschland meist so geheim, dass nicht einmal dessen Mitarbeiter wissen, was sie wissen und was nicht. Trotzdem würde auch der Geheimdienst den Anlass nutzen, um Personalaufstockung und zusätzliche Finanzmittel zu fordern. Wer also nicht will, dass der Verfassungsschutz weiter ausgebaut wird, der sollte lieber hoffen, dass die NPD keine Pleite erleidet.

Nun ja ... irgendwie verständlich, dass sich ewig gestrige Sozialisten an ihr lieb gewonnenes Feindbild auf der anderen Seite derselben Medaille – die braunen Dumpfköpfe der NPD – klammern. Aber selbst wenn die NPD untergehen sollte, gibt es doch längst einen neuen Feind, der mit aller Kraft zu bekämpfen ist: Der islamophobe Bürger in der Mitte der Gesellschaft, wie er besonders bei Blogs wie PI anzutreffen ist. Also liebe Linke, spart euch jetzt heimliche Spenden in die Parteikasse der untergehenden NPD. Investiert in die Zukunft und schafft eine starke islamophobe Bedrohung. Natürlich mit einer [großzügigen Spende an PI!](#)

(Spürnase: Noxign)



Kroaten in Bosnien flüchten vor Islamisierung



Die christlichen Kroaten in Bosnien Herzegowina [möchten sich Unabhängig machen](#). Nicht aus reinem Nationalismus, sondern vor allem, um der Islamisierung zu entfliehen. Für die nichtmuslimisch-kroatischen Bosnier, sind die muslimischen Landsleute eine Bedrohung, weil sie nach der Vorherrschaft über alle anderen streben und versuchen, die Christen zum Islam zu „assimilieren“.

Islam und Politik werden immer stärker verknüpft, so dass in Bosnien Herzegowina bald die Scharia herrschen wird. Gegen die Unabhängigkeitsbemühungen der kroatischen Bosnier haben die Serben bereits den Kampf angesagt. Schon in der Vergangenheit mussten die Christen in Bosnien Herzegowina mit allerlei Repressalien kämpfen. So wurden bereits Christen von muslimischen Studenten [angegriffen](#) und der Nikolaus in Sarajewo verboten, weil er [nicht dem „islamischen Geist“ entspricht](#).

(Spürnase: Anne)



Moslems wollten Staudamm sprengen



Ralph Giordano hat nachgezählt und fand, dass der Befehl, Ungläubige zu töten, über 200 Mal im Koran wiederholt wird. In Italien haben zwei Moslems aus Nordafrika dies dahingehend gründlich missverstanden, dass sie glaubten, sie sollten Ungläubige töten. Zu diesem Zweck bereiteten sie die Sprengung eines Staudamms vor. Im Erfolgsfalle wären tausende Ungläubige in den Fluten umgekommen.

Der deutsch-italienische Blog [Dolomitengeist berichtet](#) unter Berufung auf die [italienische Zeitung La Tribuna](#):

Der vorbereitete Anschlag galt dem Staudamm [Tramonti, in Friaul](#) . (...) Dies wurde vereitelt, durch die Ausweisung des Marokkaners Mohamed Essadeck, wohnhaft in Gaiarine, und den Tunesier Miri Sghaier, wohnhaft in Manzano. Minister Maroni: „Zu gefährlich für die nationale Sicherheit.“

Sie sprachen von dem Damm der Sonnenuntergänge den sie in die Luft sprengen wollten, was zu einer großen Katastrophe in

Friaul gekommen wäre, ein Massaker nicht unähnlich der [Katastrophe von Longarone](#) (am 9. Oktober 1963 – 2000 Tote). Die Masse des Wassers hätte beseitigt Meduno, Sequals, Spilimbergo. (ca. 10.000 Tote)

Die Anti-Mafia-Direktion von Triest hat die Telefon-Gespräche der beiden Einwanderer überwacht, auch mit anderen Menschen in Nord-Afrika, die die Sprengung des Dammes geplant haben, so die Ermittlungen der Antimafia Triest.

Sie sprachen auch von Propaganda, die eingehaltet werde müssen, dass „die Gläubigen berechtigt sind, diesen Anschlag auszuführen, mit dem Martyrium des eigenen geistlichen Lebens.“

Die beiden Nordafrikaner jetzt ausgewiesen in ihre Herkunftsländer, wurden 24 Stunden am Tag überwacht, über einen Zeitraum von fast zwei Jahren. Als man genug Indizien hatte, wurden sie aus dem Verkehr gezogen.

Sie waren im Besitz von Fotos auf das Tal, und Einzelheiten über die Zufahrtsstraßen, sie hatten auch Karten gekauft und waren auf der Suche nach Informationen über den Umgang mit Sprengstoffen und den Auslöser, um die Sperrmauer in die Luft zu sprengen.

Bedauerlicherweise scheint es unter einer Milliarde Anhänger der Religion des Friedens immer noch Einzelne zu geben, denen die Erkenntnisse des Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble nicht geläufig sind. Der hat nämlich herausgefunden, dass das Buch Mohammeds seit 1.500 Jahren falsch verstanden wurde, und mit „töten“ in der blumigen Reimsprache des Hocharabischen eigentlich „bereichern“ gemeint war. „Töten“ reimte sich nur besser.

(Spürnase: Schlernhexe)



Angewandtes „Recht“ im Swat-Tal



„Endlich Recht bekommen“ [freute sich](#) die ZEIT mit den Menschen, die im Swat-Tal (im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet) angeblich über die [Einführung der Scharia](#) jubelten. Denn schließlich handelt es sich um eine Scharia light, ohne Enthauptungen und ohne abgehackte Hände. Es gibt kein Arbeitsverbot für Frauen und kein Verbot zu studieren.

Wie sich die real existierende Soft-Version präsentiert, die den Menschen „eine Form von nachvollziehbarer, akzeptierter und wirksamer Rechtsprechung gibt“, darüber [berichtet](#) der TAGESSPIEGEL.

Ihre Häuser sind ihr Gefängnis – denn sobald die Frauen aus dem pakistanischen Swat-Tal sich allein vor die Tür trauen, bringt sie das in Lebensgefahr. Sie haben fast keine Rechte mehr. (...) Nur noch in Begleitung eines männlichen Verwandten dürfen die Frauen aus dem Swat-Tal auf die Straße, obendrein von Kopf bis Fuß verhüllt.

(...)

62.000 Mädchen und Jungen stehen jetzt ohne Chance auf Schulunterricht da. Huma Batool empfindet auch den Alltag jenseits ihrer Arbeit als Qual: Nicht einmal zum Einkaufen

darf sie ohne einen männlichen Angehörigen gehen – weshalb sie oft stundenlang zu Hause festsetzt, bis sich ein Begleiter findet. Vorbei die Zeiten, in denen die gut ausgebildete und finanziell unabhängige Frau ein selbstbestimmtes Leben führen konnte. Ihre Einkäufe dienen nur noch der Grundversorgung, denn jedes irdische Vergnügen haben die Taliban längst verboten – mit der Begründung, das sei un-islamisch. Schönheitssalons haben die Radikalislamisten dichtgemacht, und auch jede Art von Unterhaltung ist untersagt: „Das Leben ist sterbenslangweilig“, klagt Huma: „An Kabelfernsehen dürfen wir nicht einmal denken, ebensowenig wie an Kinos, an Filme oder Musik.“

Auf den Basar darf sie auch nicht mehr, dort haben die Taliban den Frauen nämlich den Zutritt verboten. Selbst wenn es um Leben und Tod von Frauen geht, lässt das die Taliban kalt. Eine 35-jährige Krankenschwester berichtet, Frauen dürften nur noch in Begleitung eines männlichen Verwandten ins Krankenhaus kommen – selbst, wenn sie schwer krank seien.

Das hat natürlich nichts mit dem Islam zu tun. Vermutlich handelt es sich bei den hier herrschenden Taliban um [islamistische Fundamentalisten](#), wenn nicht sogar um radikale islamistische Fundamentalisten, die die moderate Scharia light falsch interpretieren.

(Spürnasen: Juris P. und LEOBOLDEK)

Wie unsere Kinder türkisiert

werden



Es ist ein paar Jahre her, da wurde auch das sonst so unpolitische Anzeigenblatt „Kölner Wochenspiegel“ vom Pressemonopolisten DUMONT kassiert und die ehemalige Redaktion kurz darauf ausgetauscht.

Der Kölner Wochenspiegel hatte bislang eigentlich nur das Ziel, unter dem Deckmantel belangloser, möglichst harmloser Nachrichten aus den einzelnen Stadtteilen, Werbung unter die Bevölkerung zu bringen. Jetzt und DUMONT sei Dank, erfährt z.B. Oma Schmitz aus Ehrenfeld nicht nur von den neuesten Sonderangeboten im nächsten LIDL – sondern kann sich gleich darüber informieren, dass SPD-Bezirksbürgermeister und Moscheebefürworter Wirges nichts anderes zu tun hat, als die Ampelmännchen zugunsten von Ampelweibchen auszutauschen oder bekommt dessen Konterfei zu anderen textlichen Nichtigkeiten auf die Linse gedrückt. Kritische Stellungnahmen darf man hier nicht erwarten.

Seit der Übernahme fällt beim neuen DUMONT-Blättchen die neue politische Richtung immer stärker auf. Da kommen über den Bratwurst-Sonderangeboten schon mal die GRÜNEN ausführlich zu Wort oder die SPD wird neben der Werbung eines größeren Beerdigungsinstituts ausführlich und in der üblicher DUMONT-Manier über den grünen Klee gelobt. Während Parteien wie die CDU oder Pro Köln schlicht ignoriert werden (wobei die CDU in Ehrenfeld mittlerweile auch eher ein scheinototer Haufen ist).

Dazu passt das Titelbild der aktuellen Ausgabe vom 25. März: Übergroß präsentiert die DUMONT Redaktion des Kölner Wochenspiegels wieder einmal die türkische Fahne umgeben von

politisch korrekt gekleideten Kindern in türkischer Anatolientracht.



Es geht mal wieder um den üblichen Multikulti-Quatsch – diesmal produziert in der Astrid-Lindgren-Grundschule in Zusammenarbeit mit der Musikhochschule Köln (wo man besonders stolz auf den ehemaligen linksextremistischen Studenten „Klaus der Geiger“ ist) in Form eines Kinder-Musicals „Musik aus aller Welt“.

Ein schwachsinniger Hase namens „Felix“ – so lautet der Name des Hauptdarstellers – macht eine Reise durch mehrere Länder. Natürlich hält sich der „kuschelige und abenteuerlustige Hase“ (Wochenspiegel) dabei natürlich in der Türkei am längsten auf: „Eine mitreißende Percussion“ und „ein vielsprachiges Schauspiel“ jubelt das DUMONT-Blättchen und freut sich: „Felix feiert zusammen mit seinen türkischen Freunden das Zuckerfest“.

Immerhin: Etwas weiter unten entdeckt man Werbung für fette Schweinswürste „aus unserer Metzgerei“. Wenn das mal keine ungewollte Komik ist...

(Gastbeitrag von Thorsten U.)